[illegible]

[illegible]

Aus Rheinland-Westfalen

Erweiterte Bezirksausschußsitzung Rheinland-Westfalen.

Dieselbe tagte am 16. 11. 24 in Essen und war besucht von den Bezirksleitungen der Partei, Union, Jugend, sowie Vertretern der Gruppen Essen, Düsseldorf, Köln, Barmen, Elberfeld und Ronsdorf.

Zum 1. Punkt gab ein Genosse einen Ueberblick über die augenblickliche wirtschafts-politische Lage und unsere sich daraus ergebenden Aufgaben. Zu Punkt 2 wurden die organisatorischen Fragen der Antiwahlpropaganda behandelt. Alle Genossen müssen zu diesen Arbeiten sich restlos zur Verfügung stellen und für weiteste und intensivste Verbreitung des herausgegebenen Agitationsmaterials Sorge tragen. Die Propaganda muß dazu benutzt werden, auch im weitesten Maße die Reihen unserer revolutionären Organisationen zu stärken. In allen die Antiwahlpropaganda, Referentenvermittlung etc. betreffenden Fragen müssen sich die Gruppen an die Bezirksleitung der Partei in Essen wenden. Betreffs der Streitfragen in Köln wurde nochmals eine Entscheidung getroffen, die beiden Gruppen zur schnellsten Erledigung übermittelt wurde. Zur weiteren Behandlung kam noch die Frage des KAZ.-Vertriebs. Hier versprachen die einzelnen Gruppen alles zu tun, um den Absatz fortlaufend zu erhöhen und auch für eine pünktliche Abrechnung Sorge zu tragen.

Genossen im Bezirk! An die Arbeit. Laßt durch eure Aktivität die Beschlüsse und Arbeiten der Sitzung im Bezirk zur Tat werden.

Zentrum, christliche Arbeiter und revolutionärer Klassenkampf.

Die sich fortschreitend verschärfende Krise der kapitalistischen Gesellschaft zerreißt auch die sozialen Bande der „christlichen Volksgemeinschaft", die zum „gemeinsamen Wohle" des Volkes Arbeiter und Besitzende in einer Partei, dem Zentrum, vereinigen sollte. Wenn auch der religiöse Einfluß des Klerus auf die breiten Massen der christlichen Arbeiter noch sehr stark ist, so schwindet doch der Glaube, das die Interessen der im Zentrum vereinigten Arbeiter und Kapitalisten gemeinsame sind, immer mehr. Die brutale kapitalistische Ausbeutung stellt die christlichen Arbeiter vor die Alternative, gegen ihre christlichen Ausbeuter Stellung zu nehmen. Gefesselt wird die christliche Arbeiterschaft an ihre Ausbeuter und an das Zentrum, durch die zum Teil ziemlich starken christlichen Gewerkschaften. Ihre politische Vertretung und ihr Einfluß im Zentrum dagegen ist sehr schwach, da die Mandate etc. von seiten der Industriellen käuflich erworben werden. Zur Beruhigung der Arbeiter werden denn auch einige „christliche Arbeiterführer" mit in den Reichstag gewählt.

Dieses genügte jedoch nicht, die wachsende Unzufriedenheit der christlichen Arbeiter einzudämmen. Um ein Abwan-

[illegible]

„— — — — Sie können unsere Wirtschaft und Gesellschaft nicht mit christlichen Grundsätzen erfüllen, solange die Mehrwerthäufung des Kapitels und die Ausbeutung der Arbeitskraft das oberste aller ihrer Prinzipien ist."

Diese scharfen Worte gegen die kapitalistische Politik dienen jedoch nur zur Täuschung der christlichen Arbeiter. Wenn man auch kämpfen will, gegen die „Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft", um eine „christliche Volksgemeinschaft" herbeizuführen, so sagt man den Arbeitern jedoch nicht, das dies nur durch Beseitigung der bestehenden Profitordnung zu ermöglichen ist, sondern man will durch gute „Erziehung der Kapitalisten", Aufstellung von eigenen Kandidaten etc., dem Uebel abhelfen. Nun, allzulange werden diese Phrasen der „christlichen Arbeiterführer", die christlichen Arbeiter nicht mehr vom Klassenkampf abhalten können. Die Verschärfung der Klassengesetze bricht der Erkenntnis des Klassenkampfes Bahn. Vor wenigen Wochen warf das zentrümliche Klöcknerkonzern in Ickern bei Dortmund, nachdem die Zechen von der Regie zurückgegeben waren, kurzerhand 6500 Kumpels auf die Straße. Die Werkswohnungen mußten innerhalb 24 Stunden geräumt sein und das „christliche" Kapital stellte am anderen Tage den Proleten, die nicht wußten wohin, durch die Polizei einfach ihre Brocken auf die Straße. Diese Maßnahmen des Kapitals zerstören mehr wie Hunderte von Versammlungen die christliche Ideologie der Kumpels.

Als KAPD. müssen wir klar diese Dinge im christlichen Arbeiterlager erkennen und auch diese christlichen Arbeiter für unseren Kampf gewinnen. Denn wo sollen sie hin, wenn ihnen die Segnungen der kapitalistischen Unordnung die Augen öffnen? Die Sozialdemokratie marschiert im Zeichen des „Reichsbanners" Arm in Arm mit dem schwerkapitalistischen Zentrum. Die „Freien" Gewerkschaften sitzen gemeinsam mit den „christlichen" Gewerkschaften in den Tarifkommissionen und bei den sonstigen Verhandlungen mit dem Unternehmertum. Ihr Verrat ist immer ein gemeinsamer und der „Kampf" beider Organisationen bewegt sich auf der gleichen Ebene. Die KPD. leistet die Zutreiberdienste zu diesen Gewerkschaften, beteiligt sich an deren Gemeinheiten und „kämpft" im übrigen auch im Parlament. Der unter den Schlägen des Kapitals erwachende christliche Prolet, der an der Gewerkschafts- und Parlamentspolitik verzweifelt, kann und wird nicht in das Lager der „sozialistischen oder kommunistischen" gewerkschaftlichen Parlamentsparteien wandern, sondern er muß sich mit einreihen in unsere Klassenfront zum Sturze der bürgerlichen Gesellschaft. Bei den Kämpfen im Ruhrgebiet 1920 und 1921 haben auch die christlichen Arbeiter mit der Knarre in der Hand auf Seiten der kämpfenden Arbeiter ihren Mann gestanden. Aufgabe der KAPD. muß es sein, den Hebel zur revolutionären Klassenerkenntnis und Selbstbewußtseinsentwicklung auch bei den „christlichen" Arbeitern anzusetzen.

Mißbrauch der Erwerbslosen für die Wahlmache der KPD.

Von Tag zu Tag nimmt der Wahlkampf in Rheinland-Westfalen größere Dimensionen an. Die größten parlamentarischen Parteikanonen werden hier aufgefahren. Stresemann, Crispien, Remmle usw., um die Bergkumpels an der Ruhr als Stimmvieh zu gewinnen. In diesem Wahlkampf buhlt jede Partei um die Massen in der raffiniertesten Weise. An erster Spitze steht natürlich die KPD., diese Partei der „Revolution", der alles nur als Mittel zum Zweck dient. Ihr ganzes Verhalten seit der Ruhrbesetzung beweist dies. So stand in der „Freiheit", Organ der KPD. Düsseldorf, drei Tage lang folgendes große Inserat:

„Sämtliche Erwerbslose (15 000) melden sich am Mittwoch, den 5. November zwecks Arbeit usw."

Jeder Arbeiter, der nur ein klein wenig denkt, mußte die Unsinnigkeit dieses Inserats einsehen. Aber die KPD.-Redakteure sahen das nicht ein, sondern entschuldigten sich in der Erwerbslosenzeitung wie folgt:

„Die Annonce wurde von einem Agenten der Bourgeoisie im Namen des Erwerbslosenrates in die „Freiheit" lanziert."

Wer lacht da! Der Düsseldorfer Erwerbslosenrat besteht aber aus KPD.-Mitgliedern und diese schicken nach Bericht der Erwerbslosenzeitung Agenten der Bourgeoisie zur „Freiheit", um eine Annonce zur Verhöhnung der Erwerbslosen aufzugeben. Leider fielen die Erwerbslosen auf diesen KPD.-Schwindel herein. Dieselben warteten zu Hunderten auf den, der angeblich Arbeit zu vergeben hat. Kein Arbeitgeber kam, sondern an seine Stelle ein Aufgebot Polizei und Krimchen. Diese jagten die Arbeitsuchenden auseinander wie Hunde (der Zweck der Agenten war erreicht). Darob am andern Tag auf dem Stempelmarkt große Erregung gegen die KPD. und ihr Organ die „Freiheit".

Die KPD. wollte eine Arbeitslosen-Wahlversammlung veranstalten, dieses ging aber bei solch einer Krisenstimmung unter den Arbeitslosen schlecht. Darum entschuldigte sie sich vorher wörtlich wie folgt:

„Uns war sofort klar, daß dies ein Versuch war die „Freiheit" und die KPD. in den Massen der Erwerbslosen zu diskreditieren. Man zitierte die Erwerbslosen auf die Straße unter der Vorspiegelung, es gäbe Arbeit. Nun sollten die Massen über dieses Bubenstück der Kommunisten empört sein, so dachten diese Herren. Aber sie rechneten nicht damit, daß die Erwerbslosen ihre Schliche durchschauten. Einer der Agenten benahm sich etwas zu auffällig. Er agitierte mit Uebereifer gegen die KPD. Das zeigt denn auch den letzten Erwerbslosen, wo der Hase im Pfeffer liegt. Der 7. Dezember wird den Schwindlern die Antwort geben. Arbeitslose sorgt dafür."

Es wurde noch ein Flugblatt in Form eines Wunschzettels verbreitet und zu der Versammlung eingeladen. Aber trotz alledem, die Zahl der Versammlungsbesucher war schwach, so daß die Moskauer ihre Klagelieder über die Lauheit der Arbeiter losließen, ihre Wünsche vorbrachten und empfahlen nächstesmal in Massen zu erscheinen. Morgen können sich 50 Arbeitslose im Parteibüro melden um Wahlmaterial auszutragen. Schluß der Versammlung.

Proletarier! Deutlicher konnte sich die Partei der „Revolution" nicht entlarven wie es hier geschildert wird. Erkennt nun endlich, das sie noch schlimmer mit euch umgehen werden, wenn sie erst Ministersessel in dieser Gesellschaft innehaben.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 28. Nov., abends 8 Uhr, in Köpenick, Kirch- Ecke Rosenstr. (Lokal: Augustin). Mitglieder-Versammlung: Vortrag über **Einsteins Relativitätstheorie, die neueren Ergebnisse der Wissenschaften und historischer Materialismus,** wird gehalten. Für regen Besuch ist Propaganda zu machen. „KAZ."-Leser, sowie Sympathisierende sind einzuladen.

Kommunistische Arbeiter-Jugend. Mittwoch, den 26. Nov., abends 7½ Uhr, öffentlicher Gruppenabend in Lichtenberg, Mainzer Straße 16 (Lokal: Otto Nix), mit dem Thema: Staatskapitalismus — Privatkapitalismus. Gäste sind einzuladen.

KAJ. Gruppe Osten.

Die Gen. Kohn, Deich und Genossin Quoss sind wegen Interesselosigkeit von der Gruppe Charlottenburg ausgeschlossen.

Ortsgruppe Charlottenburg.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Curt Helbig, Düsseldorf.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin SO. 17, Langestraße 79.

5. Jahrg. Nr. 93

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

November 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der überspannte Bogen!

Warnungsschrei der Gewerkschaften an die Zechenbarone

Der Walkampf ist in vollem Gange. Während bisher fast ausschließlich die Sozialdemokratie in öffentlichen Versammlungen mit Unterstützung der Garde des Herero-Generals Deimling das Feld beherrschte und nur ab und zu die KPD. etwas Gegenlärm verursachte, sind jetzt alle Groß-Parteien der Demokratie auf den Plan getreten. Minister i. und a. D. begeben sich ins Volk. Jeder mit einem anderen Schlagwort, doch alle dasselbe wollend, nämlich mehr arbeiten und weniger essen. Ganz klar spricht dies Dr. Becker von der deutschen Volkspartei aus, indem er erklärt: Nicht die Reichsverfassung, sondern das deutsche Volk selbst ist in Gefahr, wenn es nicht vom Klassenkampf abläßt. Was mit anderen Worten heißt: Nur arbeiten und nicht verzweifeln. Alles geduldig hinnehmen, so schwer es auch ist für jeden einzelnen.

Daß es schwer wird, noch viel schwerer als es schon ist, beweisen alle Anstrengungen des Kapitals und ihrer Lakaien, wenigstens vor dem Wahltermin die Massen in guter Stimmung zu halten. Die aufsteigende Dollarsonne der Sozialdemokratie hat schon viel von ihrer Wärme eingebüßt. Die nackten Tatsachen reden eine zu deutliche Sprache auch für den Proletarier, den absichtlich versucht, die Augen zu verschließen.

Die fortlaufende Senkung des Reallohnes, die damit verbundene fortlaufend sich steigernde Verelendung treibt die Sklavenbataillone, manche sogar gegen ihren Willen, zur Rebellion. Die Hungerseuche (Typhus) hat im letzten Dreivierteljahr bereits die Zahl von 10 000 überschritten. Der kommende Winter wird diese Elendszahlen, die ein späteres Geschlecht mal einst nicht begreifen wird, ungeheuer steigern. Täglich prasseln die Zuchthausurteile hageldicht auf den Teil des Proletariats nieder, der nicht in der Ordnung und der Ruhe dieser demokratischen Republik stillschweigend verrecken wollte.

Mit zynischer Frechheit brüsten sich die sozialdemokratischen „Führer" ihres Beiseins am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig bei Fällung der Zuchthausurteile". Während der eine Teil des Proletariats im Elend und Dreck schier verkommt, nur ein kleiner Teil auf Grund bestimmter Konjunktur ein einigermaßen Dasein fristet und der revolutionäre Teil terrorisiert wird nach allen Mitteln des wilhelminischen Staates, veranstalten die „Edlen" der Sozialdemokratie wüste Sauf- und Freßgelage mit dem teuflischen Gedanken: Nach uns die Sintflut.

Trotz seiner vielen sehr harten Erfahrungen hat das deutsche Proletariat immer noch nicht die Kraft aus mangelnder Erkenntnis, sich seiner Henker zu erwehren. Im Gegenteil, es ist gewillt, erneut zur Wahlurne zu schreiten und wiederum, wie stets, seine eigenen Henker zu wählen. Seine Henker, die ihm immer und immer wieder mit all ihrer Zungenfertigkeit und in unzähligen Druckerzeugnissen ersuchen, klar zu machen, daß diese Wahl, gerade diese Wahl von ausschlaggebender Bedeutung ist für jeden einzelnen. Wie immer, kommt es auf jede einzelne Stimme an. Dies sagen sie alle, von den Völkischen bis zu den „Kommunisten".

Trotz aller Bemühungen nun, die Masse des Stimmviehs guten Mutes bis zur Wahl zu halten, damit recht viele v. H. zur Urne taumeln um nachher mit der hohen Beteiligungsziffer brüstend sagen zu können, ja, ihr habt's ja so gewollt, will es den Gewerkschaftsbesitzern nicht recht gelingen. Immer wieder sind sie gezwungen, ihre warnende Stimme gegenüber dem Kapital zu erheben. Ueber kleinere ausbrechende Rebellionen kommen sie mit ihrer bewährten Taktik leicht drüber weg, wie es ja der letzte Berliner Hochbahnerstreik bewiesen hat. Doch vor den großen Rebellionen der Bergsklaven, die so eng zusammengepfercht hausen müssen, wo der Klasseninstinkt alle organisatorischen Eigenheiten und Abkapselungen im Nu überrennt und sie als Klasse rebellieren läßt, fürchten sie sich wie vor der Pest. Der letzte Kampf der Bergsklaven Deutschlands liegt ihnen noch in den Gliedern. Wenn auch scheinbar nach Niederschlagung des Kampfes die Erfahrungen und Lehren desselben zum größten Teil erschüttert werden, so kommen dieselben doch beim nächsten Kampf wieder zum Vorschein.

Da nun der Dawesplan in seiner Durchführung, an die man ganz nüchtern und rücksichtslos nach der Wahl herangehen muß und wird, äußerste „Ruhe und Ordnung" in den Fronstätten erfordert, man große Erschütterungen im Wirtschaftsleben verhindern, oder wie der Volksparteiler Becker sagt, der Klassenkampf aufhören muß, nimmt man schon die Lohnregelungen und Arbeitszeitabkommen im Bergbau getrennt vor. Ruhrgebiet, Mitteldeutschland und Schlesien werden zeitlich so auseinandergehalten, daß gegenseitige Solidaritätsakte nicht in Frage kommen sollen. Man glaubt mit Hilfe des Tarifvertrages die Kumpels an die Ausbeuter zu fesseln und sie von der revolutionären Solidarität, der der Tat, abzuhalten.

Wie die Gewerkschaftsbesitzer jeden Kampf, der größere Dimensionen annehmen könnte, der schon durch seine Größe die Proletarier stutzig machen muß, fürchten, beweist folgender Eigenbericht des „Vorwärts" vom 25. November aus Bochum:

Vor einem Großkampf im Bergbau.

„Kennzeichnend für die Zuspitzung in der Lohnkrise im Bergbau sind folgende Ausführungen des offiziellen Organs des Deutschen Bergarbeiterverbandes, der „Bergarbeiterzeitung":

Das deutsche Wirtschaftsleben steht am Vorabend schwerer sozialpolitischer Entscheidungskämpfe. Die katastrophale Preispolitik der letzten Zeit, die Ohnmacht der verantwortlichen Regierungsstellen gegenüber einem äußerst raffinierten Gaunertum kapitalistischer Zwischenhändlergruppen und die Preisabbausabotagepolitik gewisser Wirtschaftskreise trieben die Lebenshaltungskosten für die Arbeiterschaft in schwindelnde Höhe. Der Reallohn der Lohn- und Gehaltsempfänger sank tiefer und tiefer. Dieser Zustand hat für die Arbeiterschaft eine geradezu unerträgliche Lage geschaffen. Da alle von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau der Preise an den tausenden Widerständen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung scheiterten, blieb den Arbeitern kein anderer Weg übrig als die Forderung nach Anpassung der Löhne an die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Die Lohnforderungen der Bergarbeiterverbände in einer durchschnittlichen Höhe von 20 v. H. (der Reallohn ist demgegenüber um mindestens 30 v. H. gesunken) werden überall radikal abgelehnt. Die Entscheidung ist vorläufig in die Hände der staatlichen Schlichtungsinstanzen gelegt. Hinter diesen Schlichtungsbehörden steht der Einfluß der Regierung und gewisser Dunkelmänner, um die endgültige Entscheidung möglichst hinauszuzögern. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes werden mit allen Mitteln eine Verschleppung dieser Frage durch die bureaukratischen Schlichtungsinstanzen des Reiches zu verhindern wissen. Die gewerkschaftlichen Vertreter der Bergarbeiter geben sich gar keinen Illusionen hin. Sie wissen, daß die Besserstellung der Bergarbeiter gegen den Willen der Unternehmer erzwungen werden muß. Es wird Aufgabe der Bergarbeiterverbände sein, die Unternehmerbestrebungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zurückzuweisen, zumal die sozialen Auseinandersetzungen von den Zechenkapitalisten geradezu herausgefordert werden."

Interessant ist, daß man aus angeborener Bescheidenheit, trotzdem die Lebenshaltungskosten sogar nach dem Schwindelindex um 30 v. H. gestiegen sind, man nur 20 v. H. fordert, d. h. erbittet. Daß die staatliche Schlichtungsinstanz für das Ruhrgebiet, die die „Bergarbeiterzeitung" als unter dem Einfluß von Dunkelmännern und der Regierung stehend bezeichnet und stark angreift, der Sozialdemokrat, der besonders berüchtigte Mehlich ist, verschwiegen beide, „Bergarbeiterzeitung" sowohl als „Vorwärts".

Wir sehen in diesem Notschrei dieser Lakaien der Bourgeoisie kein Wahlmannöver, sondern vielmehr eine eindringliche Mahnung an die Mehrwertbestien, doch den Bogen nicht zu überspannen. Wie dem auch sei, die Wetterwolken am politischen Himmel ziehen sich immer mehr zusammen. Der Kampf um die nackte Existenz

Wahlpolitik — Illusionspolitik

Die deutschen Wahlen gehen offiziell um die Verteilung der Lasten, die durch die Annahme des Dawes-Gutachtens und durch das Londoner Abkommen dem deutschen Volk auferlegt worden sind. Die Frage der grundsätzlichen Stellung zur Erfüllung des Versailler Vertrages ist nunmehr völlig erledigt und aus dem Kampf zwischen den einzelnen Gruppen des deutschen Kapitals praktisch ausgeschieden. Wenn auch nach außen hin von der Landwirtschaft ein ablehnender Standpunkt vertreten wird, so geschieht dies doch nur zu Erpressungszwecken, wie dies am charakteristischsten bei der berühmten Abstimmung am 29. August zum Ausdruck kam. Diese halbe Front, diese ständige Drohung mit dem Aufruhr der völkischen Brüder soll im Wahlkampf unmöglich gemacht werden. Die schwarz-rot-goldene Farbe wird als das einzige Gegengift gegen völkische Anmaßung empfohlen. Sie ist der Geist der Ruhe und Ordnung — und der Gerechtigkeit. Unter ihrem Zeichen wird der Wirtschaftsfriede in das arme, geplagte, zerrissene Deutschland einziehen. Der schon ausgetragene Streit um die Erfüllungspolitik soll nach den offiziellen Verlautbarungen durch die Wahl entschieden werden. Der 29. August und das Londoner Abkommen werden unter allgemeiner Uebereinstimmung als nicht geschehen betrachtet. Inzwischen wird die praktische Durchführung dieser Vereinbarungen fortgesetzt und das gesamte Wirtschaftsleben rücksichtslos darauf eingestellt. Die Erfüllungspolitik triumphiert in der Praxis. Man verzögert nur, die scharfen Konsequenzen aus dieser Tatsache zu ziehen. Es wird der Kampf um die Verteilungsquote vertagt. Die Regierung Marx beschränkt sich vorläufig darauf, die Vorarbeiten zu leisten, den äußeren Rahmen zu spannen, in den nachher die Arbeiterschaft hineingepreßt werden soll. Die Gesetzgebungsmaschine gegen die Arbeiterschaft ruht. Das Arbeitszeitgesetz, das unter dem alten Reichstag schon in Kraft gesetzt werden sollte, wird nicht mehr erwähnt. Dem freien souveränen Volk wird von allen Seiten geschmeichelt. Jede Partei kämpft für die Interessen der Arbeiterschaft, wie sie sie versteht.

Die Sozialdemokratie will das Volk dadurch beglücken, daß es für die Erfüllung Milliarden bezahlen soll und diese Milliarden nach Grundsätzen der Moral auf arm und reich umgelegt werden sollen. Sie schielt dabei nach beiden Seiten, wie es einem objektiven Richter zukommt. Nehmt Rücksicht auf das arbeitende Volk, predigt sie dem Kapital und wir werden auch helfen, euer Wiederaufbauprogramm durchzuführen. Langsamer Abbau des Reallohnes, denn die Produktionskosten müssen verringert werden, die Abneigung gegen das Taylorscheucht das Proletariat immer wieder auf. Doch deutlich sagen immer und immer wieder die KAPD. und die AAU. dem rebellierenden Proletariat, daß ihr Kampf mit den Gewerkschaften, mit den Führern in diesem System zur Niederlage führen muß, im günstigsten Falle nur einen Augenblickserfolg zeitigen kann.

Das Proletariat muß erkennen, daß seine Lage als Klasse im Kapitalismus eine hoffnungslose ist, daß ein großer Teil der Klasse mit Hilfe der Gewerkschaften langsam aber sicher zur Auswanderung nach den Friedhöfen gezwungen wird im Interesse des Profits.

Entrinnen kann es der ihm zugedachten Dezimierung nur, wenn es sich in den Betrieben als Klasse organisiert mit dem Ziel: Eroberung der Produktion und Sturz der Profitordnung, an deren Stelle die Bedarfswirtschaft zu setzen ist. Unermüdlich hat das revolutionäre Proletariat dahin zu wirken, daß die naturnotwendig ausbrechenden Rebellionen zu revolutionären Auseinandersetzungen zwischen dem Moloch Kapital und Arbeit werden.

Dem Ablenkungsmannöver der Bourgeoisie, dem Wahlschwindel mit der Parole: Wählt uns! muß millionenfach der Ruf der proletarischen Revolution entgegengesetzt werden:

„Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!" „Alle Macht den Räten!"

system werden wir auch nach Kräften bekämpfen. Arbeitsgemeinschaft ist der einzige Weg der Zusammenarbeit. Deswegen bauen wir den Klassenkampf keineswegs ab, wir beschränken ihn aber auf Beseitigung des Justizterrors; denn der Skandal muß abgebaut werden. Sonst müssen wir befürchten, daß die Arbeiterschaft aus Mitleid der KPD. nachläuft. Außerdem stören die Rechtsradikalen die ruhige Abwicklung des Geschäfts und treiben die Arbeiterschaft in das linksradikale Lager. Abwägung der Interessen heißt daher die Parole. Sie muß unbedingt zu einem äußerst schweren Konflikt im eigenen Lager führen, wie noch nachher dargelegt wird.

Erfüllungspolitik als Prinzip und Interessenausgleich im Kompromiß verträgt sich nicht miteinander. Dem Prinzip zuliebe wird sich der Kompromiß durch den Druck des immer mit dem Bruch kokettierenden und drohenden Kapitals langsam zu einer wahren Katastrophe für die Arbeiterschaft auswachsen. Dazu kommt noch die radikale Arbeiterbewegung von rechts und links. Besonders der völkische Teil der Arbeiterschaft wird immer von neuem durch Entfachung von Streiks versuchen, den Rahmen der Erfüllungspolitik zu sprengen. Die steigende wirtschaftliche Not, der dauernde Abbau des Reallohnes, der sich in einem fortwährenden Sinken der Kaufkraft der Mark dokumentiert, wird den Widerstand gegen den Versailler Vertrag und die Reparationsbedingungen immer mehr steigern. Ganz charakteristisch ist dafür der österreichische Eisenbahnerstreik, der gegen den Willen der freien Gewerkschaften von der völkischen Eisenbahnergewerkschaft ausgelöst wurde. Die österreichische Sanierung bestand in einem dauernden Abbau des Reallohnes. Die Finanzen des Staates besserten sich, die Besitzsteuern wurden abgebaut, die geforderten Aufbesserungen der Eisenbahner waren minimal. Sie betrugen für den Monat nur Zweidrittel einer Tageseinnahme — und trotzdem. Die Eisenbahner versuchten nicht etwa eine Aufbesserung ihres Reallohnes, nein, sie wollten nur etwas dem Schwindelindex nachkommen. Die Parteien der Erfüllung mußten die Aufbesserung versagen und zwar als logische Konsequenz der Sanierung. Es wurde nicht die Wirtschaft saniert, sondern nur die Finanzen. Das System bestand einfach in der Fortsetzung der sattsam bekannten Inflationsmethoden. Die Währung wurde künstlich festgehalten. Der Grundsatz Krone gleich Krone und Mark gleich Mark auf der Dollarbasis bedeutet natürlich etwas anderes als auf der Papierbasis. Die Papierbasis verteilte den Verlust auf Ausland und Inland, indem der Kredit, das Vertrauen auf die Trägheit des wirtschaftlichen Denkens, ausgenutzt wurde, und außerdem die Gesetzesmaschine den neuen Zustand nach Möglichkeit nach außen verbarg.

Nachdem das ausländische Kapital gründlich „geheilt" war, blieb für das einheimische Kapital als einzige Profitreserve die Ausnützung der inländischen Arbeiterschaft übrig. Das „Kippen und Wippen", das Kunststück des feudalen Systems, heißt heute Steigen des Großhandelsindex, Verteuerung des inländischen Konsums bei gleichbleibendem Münzwert. Die Goldmark bleibt und der Index steigt. Das Kapital glaubt damit, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Es soll das alte Prinzip wieder in Kraft gesetzt werden, billige Auslandspreise und hohe Inlandspreise. Es wird auf diese Weise eine gewaltige Herabsetzung der Produktionskosten erzielt und gleichsam der Konsum des Inlandes auf das äußerste eingeschränkt. Die Erzielung einer starken Herabminderung des inländischen Verbrauchs ist eben das Mittel, die Mark nach außen stabil zu halten. Die Versorgung des Binnenmarktes ist ein notwendiges Uebel, ein enormes Risiko, für das hohe Zinsen gezahlt werden müssen. Die Auslandskredite sollen für die Finanzierung des Exports reserviert werden. Deshalb hat auch die Reichsregierung die Aufnahme von Auslandskrediten durch die Einzelstaaten, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften von ihrer Genehmigung abhängig gemacht. Der ausländische Kredit als Inflationsquelle im Sinn einer Verschlechterung des Standes der Mark im Ausland soll verhindert werden und außerdem ein Steigen des Inlandskonsums. Er würde unweigerlich zu einer Verringerung der Reservearmee führen und damit wäre ein stärkerer Druck der Arbeiterschaft in der Richtung eines Anziehens des Reallohnes verbunden. Schließlich würde dadurch auch der inländische Konsum steigen, die Waren würden im allgemeinen billiger werden, da die gesteigerte Einfuhr das Monopol der deutschen Landwirtschaft und Industrie durchbrechen würde. Die Parole des deutschen Kapitals heißt Preisabbau. Sämtliche Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft laufen unter dieser Parole und täglich erleben wir ein schärferes Anziehen der Preise.

Das System dieses Preisabbaus ist so prachtvoll einseitig und vollzieht sich so klar, daß es mit Recht den Namen „Wiederaufbau Deutschlands" verdient. Die Arbeiter müssen daher unbedingt für dieses System der Ruhe, Ordnung und Gerechtigkeit kämpfen. Die Friedhofsruhe und die ewig gleichbleibende Gerechtigkeit des Todes sind damit erreicht. Es lebe der Pazifismus als Prinzip des kapitalistischen Ausgleichs. Krieg und Klassenkampf stinken. Dem Gerechten gibts Gott im Schlaf.

Die Deutschnationalen kämpfen auch für die Arbeiterinteressen. Ihre Parole ist „Volk werde hart" gegen dich selbst. Du mußt entbehren, damit die alten herrlichen Zeiten wiederkehren. Der Schlendrian in der Finanzwirtschaft muß aufhören. Die Freiheit kannst Du Dir nur durch Sparsamkeit erkämpfen. Die Einschränkung ist eine patriotische Tat. Es heißt wieder „Durchhalten". Der Aufbau kann nur in altpreußischem Geist geschehen. Preußens Größe liegt „darin begraben". Dies sei gleichzeitig die wirksamste Methode zur Bekämpfung des Versailler Vertrages. Die Parolen des revolutionären Teils der Deutschnationalen bleiben selbstverständlich außer Betracht. Es kommen nur die Realpolitiker in Frage, die Aufgabe dieser Gruppe ist schon eingangs umrissen. Diese Ideologie ist auch mehr auf den kleinbürgerlichen Geist des deutschen Spießers zugeschnitten, der unter der Wirksamkeit der demokratischen Republik auch einen Teil der Arbeiterschaft erfaßt.

Es dürfte auffallen, daß gerade den Deutschnationalen und ihren Gefolgsleuten, den Völkischen, ein besonderer Abschnitt gewidmet ist und noch dazu ihre Wirksamkeit auf die Arbeiterschaft höher eingeschätzt ist als die der KPD. Dies ist aber eine Folge der durch die Durchführung des Dawesgutachtens eingetretenen Situation. Der Druck gegen links ist in ungeheurer Form verschärft, das Ventil von rechts hat sich das deutsche Kapital bewußt in seinem Kampf gegen die Arbeiterschaft offen gelassen. Es dient in gleicher Weise dem Kampf gegen die sozialdemokratisch eingestellte Arbeiterschaft und zur Sabotage der Erfüllung.

Demgegenüber hat die KPD. sich die klägliche Aufgabe gestellt, die SPD. und die Gewerkschaften zu demaskieren, indem sie auf dem Friedensreallohn besteht. Sie ist in die Amsterdamer Internationale eingezogen, um auf demokratischem Boden innerhalb der Gewerkschaften kämpfen zu können. Der Wille zur Revolution wird von Zeit zu Zeit durch einen Putsch markiert, soweit nicht im nationalen Streik mit den Völkischen zusammengearbeitet wird. Der nationale Streik wird überhaupt das Kennzeichen der kommenden Erfüllungsperiode sein und so die Schlachtlinie des Kampfes für Ruhr und Rhein wieder hergestellt.

Die revolutionäre Erfassung und Ausnutzung der Situation kann nur im bewußten Kampf gegen den nationalen Streik und seinen Ausbau erfolgen. Es darf daher auch nicht die Parole gegen Versailles, gegen das Londoner Abkommen lauten, weil sie eine Verquickung mit der nationalen Einstellung ermöglicht und auch vom marxistischen Standpunkt falsch ist. Sie bedeutet Kampf in erster Linie dem ausländischen Kapital und damit Entfachung der nationalen Instinkte. Es wird hier ein Teil der kapitalistischen Politik herausgegriffen und zum Angelpunkt des Hebels für das Proletariat gemacht, während nur die grundsätzliche Kampflinie gegen das kapitalistische System die Möglichkeit einer Aufrollung der Kampffront bietet. Das Proletariat muß sein Ziel ganz klar zum Ausdruck bringen und jede nationale Geste ablehnen, wenn es sich die Unterstützung des Proletariats in den zu bekämpfenden kapitalistischen Staaten sichern und auch seine eigene Bewegung nicht gefährden will. Ein nationaler Kompromiß am Anfang der Bewegung ist tötlich, wie die „deutsche Revolution" gezeigt hat.

Durch die Teilnahme an den Wahlen liefert aber das Proletariat nur die „legale" Möglichkeit des Betruges. Der Landwirtschaft kann nur eine schwarz-rot-goldene Mehrheit angenehm sein. Es enthebt sie der Aufgabe, für die auch von ihr als einzige Möglichkeit anerkannte Erfüllungspolitik verantwortlich zu zeichnen. Die schwarz-rot-goldene „Reaktion" ist auch für die Arbeiterschaft leichter zu ertragen; denn sie hat sie doch selbst „gewollt" und herbeigeführt . . . und der Profit der Landwirtschaft ist gesichert, ihr Monopol liegt in der Erfüllungspolitik verankert.

An die Leser der Kommunist. Arbeiter-Zeitung

Am Sonnabend, den 29. November erscheint der

„Proletarier"

Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf.

Wir sind zu unserem größten Bedauern gezwungen, infolge finanzieller Schwierigkeiten, die durch die laufenden Erhöhungen der Druckerrechnungen eingetreten sind, ohne daß wir den Bezugspreis der „KAZ." erhöhten, die laufende Nummer der „KAZ." vom Sonnabend, den 29. November ausfallen zu lassen. Dafür gelangt an alle Leser der „KAZ." der „Proletarier" zur Ausgabe

zum Preis von 30 Pf.

Wir setzen als selbstverständlich voraus, daß jeder Leser gern den „Proletarier" entgegennehmen wird. Diese **Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf** ist, wie schon ihr Name sagt, eins der wichtigsten Mittel zur Verbreitung und Vertiefung unseres grundsätzlichen revolutionären internationalen Klassenkampfgedankens. Die nächste Nummer erscheint pünktlich Mitte Dezember. **Genossen! Durch schnelles, sofortiges Abrechnen sichert ihr das stete Erscheinen des „Proletarier".** Darum

Rechnet schnell den „Proletarier" ab!

Die freien Gewerkschaften in der Nachkriegszeit

VIII.

Gewerkschaften und Technische Nothilfe.

„Solange es leider feststeht, daß eine Reihe von Gewerkschaftsführern ihre Leute nicht mehr an der Hand hat, wird auf die Technische Nothilfe nicht verzichtet werden können."

(Gustav Noske im Provinziallandtag Hannov.)

Die Leitung der Technischen Nothilfe erfolgt unter der ressortmäßigen Verantwortung des Reichs-Innenministeriums durch ein Direktorium, das sich aus Vertretern aller am Streikbrecherdienst unmittelbar interessierten Reichsministerien zusammensetzt. Dagegen werden die „Geschäfte" der Streikbrechergarde von besonders zu diesem Zwecke geschaffenen Reichsdienststellen erledigt. Die Hauptstelle befindet sich in Berlin W., Kurfürstendamm 193-194. Daneben bestehen, auf das gesamte nicht besetzte Reichsgebiet verteilt, weitere 17 Landesstellen, von denen jede sich in mehrere Landesunterstellen gliedert. Diesen Unterstellen unterstehen wiederum die in ihrem Gebiete gelegenen Ortsgruppen und Landgruppen. Ortsgruppen gibt es im Reiche etwa 1200, Landgruppen, denen die Abwürgung der Lohnkämpfe der landwirtschaftlichen Arbeiter als Hauptaufgabe zugewiesen ist, ungefähr 300. Die Gesamtzahl der angeworbenen organisierten Streikbrecher, beläuft sich im ganzen Reiche auf etwa 120 000, davon etwa 4000 in Berlin.

Die Technische Nothilfe „beschäftigt" einen ungeheuren Beamtenapparat, der Riesensummen verschlingt. Schon an der Spitze der meisten Ortsgruppen steht ein hauptamtlich angestellter Ingenieur, dessen Bezahlung weit über die sonstigen Reichsangestellten hinaus geht. Nur dort, wo die Faulenzerei des Ortsgruppenleiters gar zu aufreizend wirken müßte, begnügt man sich mit einer ehrenamtlichen Anstellung, die aber ebenfalls nicht schlecht entlohnt wird und ihrem Träger eine ganz erträgliche Summe sichert. Selbstverständlich wird jede der etwa 80 Unterbezirksstellen von einem oder mehreren hauptamtlich tätigen Ingenieuren verwaltet, zu denen oft noch ein nicht unbeträchtliches Büropersonal hinzukommt. Die Landesbezirksstellen „beschäftigen" sämtlich, natürlich immer neben dem „nötigen" Büropersonal, je mehrere Ingenieure, einen Volkswirt und einen technischen Hilfsarbeiter. Und in der Berliner Hauptstelle hat sich nun gar unter der Führung des überaus „geschäftstüchtigen" Leutnants Lummitzsch, ein geradezu klassischer bürokratischer Wasserkopf mit unzähligen einträglichen Dezernaten, Posten und Pöstchen herausgebildet. Wer ist dieser Herr Leutnant Lummitzsch? Er hat nach der Revolution zunächst als Angehöriger der famosen Gardekavallerie-Schützendivision, die im berüchtigten Eden-Hotel hauste und neben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und unzählige andere revolutionäre Proletarier unter dem Patronat Gustav Noskes in der bestialischsten Weise ermordete, als Weißgardist sein Brot und seinen Sekt „verdient". Als später die gute Konjunktur des „Auf-der-Fluchterschießens" von Revolutionären etwas nachließ, suchte sich Herr Lummitzsch ein anderes „standesgemäßes" Unterkommen. Gemäß seinen Plänen wurden von Noske die berüchtigten „Technischen Abteilungen" ins Leben gerufen, die dann schließlich unter der Firma „Technische Nothilfe" zur Dauerinstitution des republikanischen Klassenparadieses erhoben wurden. Zum Dank setzte ihn Noske als Leiter ein. Herr Lummitzsch hat als solcher natürlich das Recht, sich nicht nur seinen „Stab" in der Hauptstelle nach Belieben auszuwählen, sondern auch seine zahllosen bezahlten Werkzeuge in den Landesstellen, Unterbezirksstellen und Ortsgruppen selbstherrlich zu ernennen und abzusetzen. Hinzu kommt, daß ihm der Artikel VII der Richtlinien das Entscheidungsrecht über das Einsetzen der Technischen Nothilfe zubilligt.

Die Unterhaltungskosten für die Technische Nothilfe trägt, wie aus den Richtlinien zu ersehen ist, das Reich. Was aber die „Technischen Abteilungen" Noskes den Steuerzahlern gekostet haben, darüber läßt die Reichsregierung aus guten Gründen nichts verlauten. Jedoch von ihrer Namensänderung Anfang September 1919 bis Ende März 1920 haben sie annähernd 20 Millionen Mark verpulvert. Im Etatsjahr 1920/21 hat die Technische Nothilfe der deutschen Arbeiterklasse (denn nur diese hat infolge der Lohnsteuer, die wirklichen Steuern bezahlt), nicht weniger als 43 Millionen laufende Ausgaben und 24 Millionen als einmalige Ausgaben vermerkt. Von den laufenden Ausgaben dienten 11,5 Millionen zur Bezahlung der ganz oder zum Teil angestellten Führer. Zwei Millionen gingen für „Dienstreisen" und Spritzfahrten in eigenen Autos drauf. 1,4 Millionen erforderte die Propaganda, d. h. das wissenschaftliche Anschwindeln der Technischen Nothilfe beim Publikum und die Korruption der Presse; und für Büro- und Geschäftsbedürfnisse brauchte man „nur" 1,7 Millionen. Dagegen kamen die angeworbenen Streikbrecher ziemlich armselig weg. Außer für ihre Kranken- und Unfallversicherung, die 1,7 Millionen kostete, hatte man nur relativ geringe Beiträge für sie übrig. Die betreffenden Posten sind: Instandhaltung der Streikbrecherkleidung 150 000 M., Unterkunft der Nothelfer 250 000 M., und „Aufwendungen" bei Einsetzen 360 000 M. Von den 19 Millionen laufenden Ausgaben entfielen also nur knapp 2,5 Millionen auf das gemeine Streikbrecherpack, 16,5 Millionen dagegen beanspruchten die „verdienten" Führer, die weißgardistischen Offiziere aus den Freikorps für sich und ihre Zwecke.

Von den einmaligen Ausgaben entfielen 6 Millionen Mk. auf die Beschaffung von 50 000 Arbeitsanzügen, die übrigens eine sehr anrüchige Anschaffungsgeschichte haben, bei der manche Tausendmarkscheine an den unsauberen Fingerspitzen kleben blieben. Weitere 13,5 Millionen wurden für „weitere Beschaffung" von Fahrzeugen ausgegeben. 3 Millilonen wurden bereitgestellt als Reptilienfonds für den Fall eines Generalstreiks und 1,8 Millionen für Verpflegung der staatlichen Streikbrecher. Für das Etatsjahr 1921/22 z. B. sind für die Technische Nothilfe insgesamt 36,7 Millionen Mark, und zwar 33,7 für dauernde Ausgaben und 3 Millionen für einmalige bewilligt worden. In dieser Summe sind aber noch nicht mit einbegriffen die weiteren Millionenbeträge, die, ohne in dem Etat erkennbar gemacht zu sein, vom Reichsarbeitsministerium, vom Schatzministerium und ganz besonders vom Reichsverkehrsministerium, das eine Nummer für sich ist, für die Zwecke der staatlichen Streikbrecherzüchtung ausgegeben worden. Auch nicht die Summen, die die deutschen Einzelstaaten trotz ihres Finanzbankrottes für denselben „löblichen" Zweck aufwenden.

Eine ganz besondere Erwähnung verdient die Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften. Sie waren es, die die ersten Streikbrechergarden organisierten und für ihre Finanzierung sorgten. Ihre Minister waren deren Väter und eifrigsten Förderer und sind es auch heute noch. Die Sozialdemokraten bewilligten schon anfangs in der Nationalversammlung die Mittel für die Technische Nothilfe, für das Jahr 1921/22 bewilligten sie ebenfalls die laufenden Ausgaben von 33,7 Millionen Mark. Sie haben der Technischen Nothilfe für ihre „aufopfernde" Tätigkeit wahre Lobeshymnen gewidmet. Sie haben sogar für die Ausbreitung der Technischen Nothilfe über die Grenzen Deutschlands hinaus gewirkt. In Schweden wurde unter aktiver Mitwirkung von Erwin Barth, dem Redakteur des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie, dem „Vorwärts" eine Streikbrechergarde nach deutschem Muster ins Leben gerufen. Desgleichen in der Schweiz, hier hat auch Herr Erwin Barth, mit dem Vorstand der Technischen Nothilfe Deutschlands, bei der dortigen Schaffung einer staatlichen Streikbrecherzunft Pate gestanden. Herr Erwin Barth hat dabei sehr gut gefahren, er kam auf diese Art zu einer „billigen und angenehmen Erholungskur nach dem schönen Luzern" was sich hören läßt, als „Vorwärts"-Redakteur. Im übrigen soll man ihm diese Erholung gönnen, denn er hat wirklich mit allen verfügbaren Kräften sich der Technischen Nothilfe gewidmet.

Bemerkenswert sind einige Worte verschiedener Führer der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die sich bei der Propaganda für die Technische Nothilfe besonders stark ins Zeug legten. So sagt z. B. der Sozialdemokrat Fellisch in der „Glocke" Nr. 43 (1922): „Die Technische Nothilfe wird solange ein notwendiges Uebel sein, als es der Erziehungs- und Aufklärungsarbeit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen noch nicht gelungen sein wird, der Masse der Arbeiter und Angestellten die völlig veränderten Pflichtgebote, die der neue parlamentarisch-demokratische Staat jedem einzelnen auferlegt, verständlich zu machen." Der Sozialdemokrat Buck, Sachsen: „Den in der Technischen Nothilfe vereinigten Männern und Frauen spreche ich gerne Worte des Dankes aus, weil sie uneigennützig und niemand zum Schaden, den Willen in die Tat umgesetzt haben." Paul Börke, Hauptvorstand des deutschen Landarbeiter-Verbades, im Juli 1922 in einem Flugblatt zur Frage des Landarbeiterstreiks: „Das Einsetzen der Technischen Nothilfe, einerlei, von wem es geschieht, wird sich nicht verhindern lassen, da das Wort „Volksernährung" schwerer wiegt, als Arbeiterrecht." Herr. Dr. Striemer, der Redakteur der „Betriebsrätezeitung" des Allg. deutschen Gewerkschaftsbundes" (auf den wir übrigens noch besonders zu sprechen kommen werden) sagt in der Nr. 2 (1923) unter anderem: „ . . . Wenn aber Glieder einer Gemeinde es wagen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Verkehrsmittel, Krankenhäuser, Sparkassen aus rein persönlichen Gründen stillzulegen, es also wagen, das große Gesamtinteresse und Leben dem eigenen Interesse einer kleinen Gruppe unterzuordnen, dann beweisen sie damit ihre Unreife, ihren Mangel an Verantwortungsgefühl, ihre Herrschsucht über die Volksgemeinschaft, ihre Kulturlosigkeit. Das Volk, das solche Zustände nicht ertragen kann, und noch Selbsterhaltungstrieb besitzt, wird Abwehrmaßregeln fordern oder es wird sie selbst ergreifen müssen." — —

Im September 1924 konnte die Technische Nothilfe auf eine fünfjährige Tätigkeit zurückblicken. Man hat den Tag der Gründung in Artikeln gefeiert und auch ganz unverhohlen zum Ausdruck gebracht, das es der Tätigkeit der Technischen Nothilfe gelungen sei, ihr Programm den Gewerkschaften zur Anerkennung aufzuzwingen. Und in der Tat, welches waren die Hauptmotive ihrer Gründung? „Errettung des Vaterlandes vor der drohenden Revolution", Ruhe und Ordnung, Freiheit und Demokratie", „Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens." Die Gewerkschaften haben sich diese Worte schon längst zu eigen gemacht und so hat die Technische Nothilfe besonders in letzter Zeit an ihrer Werbekraft gewaltig eingebüßt. Ihre Rolle haben die freien Gewerkschaften übernommen und somit ist die Technische Nothilfe überflüssig geworden. Die Gewerkschaften haben bei allen Streiks die Taktik angewandt, daß ein Eingreifen von Streikbrechern unnötig wurde, z. B. die Verrichtung von Notstandsarbeiten, die man so weit ausgedehnt hat, daß fast ein Drittel der Belegschaft im Betrieb zu verbleiben und zu arbeiten hat. Sogar der Fall, daß ein Arbeiter, der die Aufgabe hat, den Hof- oder Wachhund zu füttern, im Betrieb bleiben mußte, weil dies mit zur Verrichtung von Notstandsarbeiten gezählt wurde, ist schon vorgekommen. Die Gewerkschaften haben die Technische Nothilfe abgelöst und somit ist für die Teno jeder Wirkungskreis vorbei.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau

Wenn zwei dasselbe tun

Lille — Fürstenwalde.

Im deutschen Blätterwald rauscht es wieder gewaltig. Auf Befehl der Chefredakteure toben und fuchteln die Schreiber wie besessen. Durch ein französisches Kriegsgericht ist ein deutscher General wegen der „Anektionen" im Kriege zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Durch Amnestie ist dieses Urteil inzwischen aufgehoben.

Das ist die Ursache, weshalb die deutsche Presse in Spalten und Seiten heult und wütet, fast wie seinerzeit, bevor die große Ernte (für die „Erstklassigen", und blaue Bohnen für die Proletarier) losging, über die „Brunnenvergiftung", „Goldautos" und „Flieger über Nürnberg". Von der „Deutschen Tageszeitung" bis zum „Vorwärts" rinnen Krokodilstränen, daß der „alte Mann wahrscheinlich seinen siebzigsten Geburtstag im Gefängnis soll verbringen müssen". Weshalb es rumort und petitioniert von den völkischen Studentenvereinigungen bis zu den Gewerkschaften, vom Deutschen Offiziersbund und Richtervereinen bis zum Jungfernkränzchen.

Dieselben Leute, die das „Auf der Flucht erschießen", die Mord- und Zuchthausurteile, die das Wüten der weißen Rachejustiz gegen Proletarier ganz in Ordnung finden, oder überhaupt keine Notiz davon nehmen, diese selben Leute erregen sich bis zum rot- und gelbwerden, weil einer der ihrigen ein kleinwenig unter die Räder kam. Und man kann ruhig annehmen, daß bei manchen diese Erregung echt ist.

Das Urteil beruht auf einer Bestimmung des Versailler „Friedensvertrages", nachdem die „Schuldigen" bestraft werden sollen. Dieser Vertrag ist von den Sachwaltern der Kapitals- und Arbeiterbourgeoisie anerkannt und unterschrieben. Wären in Lille noch Proletarier eingekastelt! Aber ein wirklicher General! Die französische Justiz hat die Sache schlau eingefädelt. Sie wählte aus psychologischen Momenten Lille als Gerichtsort, weil dies durch den Krieg am härtesten mitgenommen wurde. Stadt und Umgebung wurde zu einem Ruinenfelde umgewandelt, die Vorräte und Maschinen der Industrie wurden von der preußischen Soldateska „anektiert" und nach Deutschland verpflanzt, oder vernichtet, soweit dies unnötig oder unmöglich war. Es gibt in Stadt und Umgebung wohl nur proletarische Habenichte, die nicht den Verlust ihres Eigentums zu beklagen hätten. Lille war der geeignete Ort, eine Progromstimmung zu erzeugen und dem französischen Michel zu beweisen, daß wieder ein „Schuldiger" bestraft ist. Wenn die Berichterstattung der deutschen Presse objektiver ist als ihr Schreien um die Unschuld des Generals, ist von dem großen Anklagegebäude nicht viel übrig geblieben. Das Gericht soll nur den Diebstahl eines wertvollen Tafelservices als erwiesen angenommen haben.

Der Herr General, der im Kriege die Menschenmassen vor die feindlichen Kanonenschlünde schob wie Schachfiguren, war um sein eigenes leibliches Wohl äußerst besorgt. In dem zu Frankreich abgetretenen Gebiet war ein Verwandter gestorben. Er hätte sich von der französischen Regierung freies Geleit zusichern lassen, um am Begräbnis teilnehmen zu können, und wurde trotzdem verhaftet. Wenn nun dieser hohe Herr so ganz unschuldig war, wie er und die deutsche Presse behauptet, warum dann wohl diese Vorsichtsmaßregel? Ueber diese französische „Unmoral" wettert der deutsche Chauvinismus ebenso, wie über das Urteil selbst. Obwohl dies allgemein gütige bürgerliche Moral ist.

Für das deutsche Proletariat ist es gleichgültig, ob die französische Bourgeoisie „unmoralischer" ist als die deutsche, ob der Herr General von Nathusius Silber gestohlen hat, oder verschieben ließ. Das deutsche Proletariat muß es sich aber sehr energisch verbitten, daß die oben angeführte Presse im Namen des „Volkes" spricht. Keiner der Proletarier, die im Waffenrock im Felde standen, am allerwenigsten, die in dem Gebiet von Lille waren, werden sich zu der kühnen Behauptung versteigen, daß ein General unschuldig sein kann an der Massenräuberei. Mag die Presse toben, die aus jeder verrosteten Kinderpistole ein beschlagnahmtes „kommunistisches Waffenlager" macht. Es ist ein kleiner Berufsunfall, den der hohe Herr erlitt. Die demokratische und sozialdemokratische Presse benutzt diesen Fall bewußt, um Kleinbürger und Proletarier in ihrem patriotischen Illusionennebel zu erhalten, um sie von ihren Aufgaben abzulenken.

Das deutsche Proletariat interessiert die Heuchelei der Bourgeoisie und seiner „Vertreter" mehr, als alle Generale der Welt. Zu einer Zeit, in der dieselbe protestierende Bourgeoisie tausende Jahre Zuchthaus über hungernde Proletarier verhängt und darüber frohlockt, wagt sie Zeter und Mordio zu schreien, weil einer der ihrigen unsanft angefaßt wurde. Wir brauchen nur auf den zu gleicher Zeit in Fürstenwalde stattgefundenen Prozeß gegen einige dem Sozialdemokraten Severing untergeordnete Schupobestien in Menschengestalt hinzuweisen (KAZ. Nr. 91), die ein sozialdemokratischer Führer als Rechtsbeistand verteidigt. Diejenigen Proletarier, die noch nicht ganz vernagelt sind, müssen an diesen um-die-Wette-winseln um einen General der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse erkennen, daß sie von allen parlamentarischen Parteien als Paria behandelt werden. Daß die „Gerichte" der Bourgeoisie und deren sozialdemokratische Verteidiger bewußt an ihnen Klassenjustiz üben, kurz, daß sie als Klasse behandelt werden. Diese Klassenerkenntnis fehlt dem Proletariat selbst noch. Wenn das Proletariat erst begreift, daß es eine Klasse ist, werden ihm auch sehr bald seine gigantischen Klassenkräfte bewußt werden, wird ihm zum Bewußtsein kommen, daß es selbst Richter sein kann; nicht über Silberdiebe, sondern über die ökonomische und soziale Ungleichheit.

GROSS-BERLIN

Oeffentliche Versammlung

der K.A.P.D. und A.A.U.

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7½ Uhr:

Schöneberg, Hauptstraße 13

(Restaurant Lindenpark)

Thema:

Warum soll das deutsche Proletariat wählen?

Proletarier! Erscheint in Massen!

Arbeiter, meidet den Alkohol!

Wer kennt nicht diesen Mahnruf des „Vorwärts" aus der Vorkriegszeit. Jetzt besorgt dies der Arbeiter-Abstinenten-Bund, der im „Vorwärts" vom 22. November folgenden Appell veröffentlicht für die Wahlherde:

Die ganze Kraft dem Wahlkampf!

Der Wahlkampf, den gegenwärtig die klassenbewußte Arbeiterschaft führt, stellt an den einzelnen wie an die Organisation die höchsten Anforderungen. Es gilt, die ganze Kraft, die geistige wie die physische, einzusetzen, um den größtmöglichsten Erfolg zu erzielen. Weil wir wissen, daß der Alkohol schon in mäßigen Mengen die für den politischen Kampf wertvollsten Energien schwächt, weil wir wissen, daß heute die Trinksitten noch mächtig und der Trinkgelegenheiten viele sind, drängt es uns, gerade jetzt wieder vor dem Alkoholgenuß zu warnen. Die Kampfestüchtigkeit der Arbeiterklasse kann sich nicht voll entfalten, das Höchstmaß von Klugheit und Besonnenheit, von Ausdauer und Begeisterung kann nicht aufgebracht werden, wenn das erschlaffende und abstumpfende Genußmittel nicht gemieden wird. Darum Selbstbeherrschung im Interesse des großen Zieles!

Unter dem großen Ziel verstehen die Arbeiter-Abstinenten, daß die hungrigen Proleten recht viel „Sozialisten" wählen sollen; denn die sollen doch das Ziel erkämpfen! Wie die betreffenden „Führersozialisten" zu diesem Ziel, zu diesem großen Ziel stehen, erklärt folgende Begebenheit:

Am Sonnabend, den 1. November, siedelte der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" unter dem neuen Namen als „Sozialdemokratischer Pressedienst" in die neu umgebauten Räume am Belle-Alliance-Platz über. Etwa fünfzig auserwählte Häupter der SPD. aus dem ganzen Reich waren zu der Feier erschienen, die in einem geistreichen Abend bestand, wie es der „Vorwärts" so schön schilderte.

Wie dieser geistreiche Abend aussah, der in Wirklichkeit eine wüste Sauferei und Presserei war, ersieht der abstinente sozialistische Arbeiter aus folgendem:

Zu den reichlichen und auserlesenen Speisen wurden ungeheure Mengen Wein und Bier und für die fünfzig Oberbonzen nicht weniger

als 48 Literflaschen Schnaps

aufgefahren. Und es blieb nichts übrig. Zum größten Kummer der Hausburschen und Aufwartedamen wurde alles restlos ausgesoffen.

Naturgemäß konnte keine einzige der sozialdemokratischen Führerfiguren mehr laufen. Die zwei Autos, die der „Sozialdemokratische Pressedienst" besitzt, fuhren in den frühen Morgenstunden des Sonntags ununterbrochen eine Tour nach der anderen, um all die edlen „Leichen" nach Hause zu schaffen. Doch die Autos genügten nicht angesichts der stattlichen Schar, und so wurden Autotaxis herbeigerufen, die den Rest auf Kosten des „Sozialdemokratischen Pressedienstes" nach Hause fuhren. Wohl am schwersten betrunken war, wie meist bei solchen Anlässen, Herr Wels.

Wie sagt doch der Vorstand der Arbeiter-Abstinenten im „Vorwärts". Darum Selbstbeherrschung im Interesse des großen Zieles! Mag er nur die fünfzig satten Hengste fragen, ob sie nicht täglich das große Ziel im Auge haben, nämlich, wie halten wir uns am besten oben und wie bleiben wir gesund in dieser ungesunden Zeit, wo alles plötzlich vorbei sein kann. Den Arbeiter-Abstinenten wird es wohl gerade nicht zur Beruhigung dienen, daß sie alle in ihrem nüchternen Zustand Schnapsvertilger engros wählen werden, ebenso wenig wird es einem Proleten, der gerne einen saftelt angenehm sein, wenn er erfährt, daß er einen Wassermann gewählt hat.

Doch wie dem auch sei. Ob mit oder ohne Oelkopf zur Wahlurne, der Kater bleibt nicht aus; denn noch immer wurden die wirklichen Rechnungen von der Bourgeoisie und der Führerbourgeoisie nach der Wahl kassiert.

Ein klassenbewußter Proletarier, der das große Ziel im Auge hat, nämlich die Bedarfswirtschaft, in der solche Saufgelage von Emporkömmlingen nicht möglich sind, meidet die Wahlurne so, wie der wirkliche Abstinent den Fusel, weil er weiß, daß mit dem Stimmzettel wohl für Kleinbürger eine sichere Existenz geschaffen wird, aber niemals etwas für den Klassenkampf, für den Sozialismus, für den Kommunismus, die Bedarfswirtschaft geschehen kann.

Die siebente Reichskonferenz der A.A.U.

Der Versuch, die Arbeiten der Reichskonferenz einer kritischen Würdigung zu unterziehen, könnte leicht beeinträchtigt werden durch das auf der Konferenz selbst zutage tretende oberflächliche Bild. Eine zur AAU. gestoßene Gruppe aus Sachsen stellte den bis dahin vertretenen prinzipiellen und taktischen Anschauungen eine andere, grundsätzlich abweichende gegenüber mit dem Erfolg, daß diese Auseinandersetzung den größten Teil der Energien und der zur Verfügung stehenden Zeit verschlang. Die Referate mußten sein und waren, polemisch, die Diskussion drohte zeitweilig in eine Vorlesung über Marxismus auszuarten. Trotzdem von Berlin, Rheinland-Westfalen und auch Wasserkante alles versucht wurde, die umgekehrte Methode anzuwenden, unser Programm als Hebel gegen uns harrende Probleme des Klassenkampfes anzuwenden, konnte die Mehrheit nichts daran ändern, daß sie sich auf die Verteidigung des Programms selbst und auf Widerlegung der gegen es vorgebrachten Angriffe beschränken mußte. Man kann verschiedener Meinung sein darüber, ob die Auseinandersetzung mit einer ideologischen Strömung durch die damit verbundene Befruchtung das dadurch zutage getretene Manko bezüglich der Bearbeitung der nächstliegenden Aufgaben aufwiegt. Auf jeden Fall war der Protest gegen den RAA., der es versäumt hatte, die Gesamtmitgliedschaft von den Anschauungen der Leipziger Gruppe zu unterrichten und so die Delegierten vor fertige Tatsachen stellte, ganz am Platze.

Unsere Genossen werden an anderer Stelle, sowie durch den „Kampfruf" in der Lage sein, das Material der Referate durchzuarbeiten. Es ergab sich von selbst, daß das grundsätzliche Referat die von Leipzig bestrittene „Todeskrise" des Kapitals eingehend begründete. Es wurde auf das entschiedenste unterstrichen, daß die Akkumulation des Kapitals bereits auf ihre natürlichen Schranken gestoßen, und deswegen an eine Behebung der Krise nicht mehr zu denken ist, das aber, wie unterstellt wurde, von einem automatischen Absterben des Kapitals nicht die Rede sein könne. Vielmehr handelt es sich um einen langwierigen Prozeß, unterbrochen durch Scheinkonjunkturen und Wechselung der Methoden der kapitalistisch ausschlaggebenden Kapitalsmächte. Aber die Existenz des Kapitalismus bedingt den fortgesetzt sich verschärfenden Krieg gegen das internationale Proletariat. Das Kapital ist gezwungen, seine neben der Realisierung des Mehrwerts bis 1914 schlecht und recht erfüllte Funktion als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, immer mehr zu vernachlässigen und die dadurch erzwungene Empörung der überflüssig gewordenen Proletariermassen mit immer brutaleren Mitteln zu unterdrücken. Die der kapitalistischen Warenproduktion innewohnenden Widersprüche müssen in der Epoche des Imperialismus von Katastrophe zu Katastrophe in immer rascherer Reihenfolge und immer gewaltigerem Ausmaße führen. Die granitene Basis des proletarischen Befreiungskampfes, kann — nach Rosa Luxemburg! — nur diese Erkenntnis und die dieser Erkenntnis entsprungene prinzipielle und taktische Stellung zu den in den Katastrophen bedingte Aufrüttelung der Arbeiterklasse sein. Klarheit über die Zukunftsmöglichkeiten des Kapitalismus, Klarheit über die politische Linie ist, was in erster Linie not tut. In diesem Sinne zog der Referent im Punkte „Taktik" die Konsequenzen und setzte sich für die von Berlin vorliegenden Leitsätze ein. Eine Resolutionskommission, in der Berlin, Rheinland und Wasserkante vertreten waren, gaben diesen Leitsätzen die letzte Formulierung unter Berücksichtigung der in den anderen Leitsätzen und in der Debatte vorgebrachten und als stichhaltig anerkanten Momente. In den Grundprinzipien akzeptierte die gesamte Konferenz die von den Referenten vorgetragenen und begründeten Auffassungen und außer Leipzig wurden die Thesen einstimmig angenommen.

Die außer den beiden Hauptpunkten zu bewältigende Tagesordnung wurde zur Zufriedenheit erledigt. Natürlich kann auf einer Konferenz selbst sehr wenig „erledigt" werden, die Konferenz kann die Methoden und Möglichkeiten prüfen und Einheitlichkeit im Handeln herbeiführen. In diesem Sinne kann man von einer Zufriedenheit sprechen. Dazu gehören u. a. auch noch umstrittene taktische Fragen (Maifeier, Solidarität) und ie Tätigkeit der V.R.U.K. Ein Antrag zweier früherer Genossen aus Süd-West auf Wiederaufnahme wurde nach längerer sachlicher Debatte abgelehnt.

Es bliebe noch übrig, auf die grundsätzliche Auffassung Leipzigs einiges zu sagen, doch dürfte der von ihnen vertretene Standpunkt in ihrer eigenen Resolution am objektivsten sprechen. Die Resolution von Leipzig lautet:

Resolution zur VII. Reichskonferenz

vorgelegt von der Ortsgruppe Leipzig.

I.

Das letzte Jahrzehnt war reich an Ereignissen, die an den Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung rüttelten. Kriege, wirtschaftliche Krisen, Revolutionen lösten sich ab und liefen durcheinander. Der Weltkrieg, der den arbeitenden Massen blutige Wunden schlug, wurde für das internationale Kapital zur Quelle ungeahnter Bereicherung. In allen Ländern setzte in den Produktionsstätten eine fieberhafte Tätigkeit ein. Betriebsanlagen wurden erweitert, neue Industrien aus dem Boden gestampft. Das Kapital akkumulierte in noch nie dagewesenem Maße, während gleichzeitig die breitesten Massen in immer größeres Elend gerieten.

Noch vor der Beendigung des Völkergemetzels ist das internationale Proletariat in seinem klassenbewußten Teile zur Tat geschritten.

Der Donnerschlag der russischen Revolution verkündete den kapitalistischen Verbrechern der Welt, daß die Abrechnung beginnt. Die Massen Europas erwachten aus ihrem blutigen Wahn. Der Zusammenbruch der deutschen Monarchie, die ungarische Revolution, Betriebsbesetzungen in Italien, die Massenstreiks in vielen Ländern waren der Widerhall auf das kühne Vorgehen der russischen Arbeiterklasse.

Nach wechselvollem Verlauf ist die erste Flut der proletarischen Revolution abgeebbt. Das Proletariat ist auf der ganzen Linie zurückgeworfen und der Klassenfeind steht heute in politischer, wie in wirtschaftlicher Hinsicht mächtiger da denn je.

Die Produktivkräfte der Welt sind gewaltig angewachsen, bewundernswert die Fortschritte der Technik und Wissenschaft. Doch zugleich haben sich die Not und die Leiden der werktätigen Massen gesteigert. Das Arbeitslosenheer ist im Weltrahmen stark angewachsen.

Mit der fortschreitenden Industrialisierung des Erdrunds verengen sich zusehends die Akkumulationsmöglichkeiten für das Kapital. Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben an Wucht und Ausmaß zugenommen. Das kapitalistische System ist unterminiert, einerseits durch den unausbleiblichen Zusammenstoß der imperialistischen Mächte, andererseits durch die anschwellenden Klassengegensätze.

Wir sind in die Epoche der sozialen Revolution eingetreten, in die Epoche der Generalauseinandersetzungen mit dem Weltkapital.

Die deutsche Bourgeoisie büßte, nachdem sie infolge des verlorenen Weltkrieges um ihre imperialistische Machtgeltung gebracht war, ihren bis dahin unbeschränkten Zugang zum Weltmarkt ein. Sie wurde schon 1918 vor die Lebensfrage gestellt, sich einem der mächtigen imperialistischen Staaten anzuschließen. Die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und die politische Konstellationen der Welt zwingen das deutsche Kapital mit dem französischen in einer Einheit aufzugehen. Das Londoner „Abkommen" ist nach zahlreichen Schwankungen lediglich eine Protokollierung der vollzogenen Wendung der deutschen Außenpolitik in der Richtung auf ein

Groß-Berlin: Freitag, den 28. Nov., in allen Unterbezirken Mitglieder-Versammlungen

sches Mittelglied zwischen einem deutschen Agent in dem kriegführenden Amerika und dem deutschen Nachrichtendienste gewesen zu sein."

Zu dieser öffentlichen Beschuldigung gibt Wulff folgende Details, die wir im Auszuge widergeben.

„Die Redaktion des „Social-Demokraten" war deutschfreundlich eingestellt (wohl infolge der deutschen Kohlengeschäfte und der damit verbundenen Millionengewinne) und

ESSEN

Oeffentliche Versammlung

am Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Josefshaus, Segeroth Str. 86

Thema:

Die Bedeutung der Wahlen für die Arbeiterschaft

Freie Aussprache — Freie Aussprache

Borgbjerg reiste in der Rolle des Friedensvermittlers im Auftrage der deutschen Regierung nach Petersburg zu Kerenski, um einen für Deutschland strategisch wichtigen Frieden (1917) anzubahnen.

Auf dem Redaktionskontor des „Social-Demokraten" wurde eine Spionenzentrale eingerichtet, die im deutschen Spionendienste stand. Mitarbeiter dieser Redaktion S. . . war, nach eingeholter Erlaubnis, Borgbjergs, Leiter dieser Zentrale, die in mehreren Jahren in Funktion war, und was

AMERIKA

bankrotten deutschen Republik spendet. Ein Blick in die Wirklichkeit des Dollarlandes läßt erkennen, daß auch dort die spendende Hand des Onkel Sam begleitet ist von den typischen Erscheinungen der allgemeinen Weltkrise.

Der Leitartikel der „New York Times" vom 28. 9. 24 fordert die Gründung einer Grundeigentümer-Bank, um für den Bau von notwendigen Wohnungen im Wolkenkratzerstil die nötigen Geldmittel flüssig zu machen. Der Mittelstand, dem die Mittel zum Eigenbau fehlen, wird aufgerufen, sich für den Bau von Wolkenkratzersiedlungen zusammenzutun. Wenn schon diese Schichten zu solchen Schritten drängen, kann man leicht ermessen, wie die Wohnungsfrage für das amerikanische Proletariat gelöst wird.

Ein weiterer Artikel befaßt sich mit dem Kohlenmangel. Auch hier sind die berühmten amerik. Sachverständigen schnell mit ihren Heilmitteln zur Hand. Es wird all denen, die Geld haben, empfohlen, sich schnellstens schon jetzt mit Kohlen zu versorgen. Um die Transportmittel für den Winter zu entlasten und den armen Großisten nicht die Lasten der Winterstapelung aufzubürden. Die amerik. Kapitalisten verstehen es ausgezeichnet, die Schuld an der wachsenden Krise den Verbrauchern in die Schuhe zu schieben. Die beginnenden Sonnenflecke auf der Dollarsonne sind die typischen Anzeichen dafür, daß es mit der gerühmten Gesundheit des amerik. Kapitals nicht weit her ist.

Aus der Bewegung

„Linksblock"

Mitgliederversammlung der KAP. Groß-Berlin.

Am Freitag, den 21. November fand eine Mitglieder-Versammlung der Kommunistischen Arbeiter-Partei statt. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Bildung eines antiparlamentarischen Linksblocks. Die Frage ist keine neue, denn bei

Ausland

DAENEMARK

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

5. Jahrg. Nr. 94

Preis 0,15 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Dezember 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Proletarier! Was geht Euch der Wahlrummel an?

Proletarier! Klassengenossen!

Nur noch wenige Tage, nur noch wenige Stunden trennen euch von dem Schicksalstag, von dem 7. Dezember, so schreit es euch aus jeder „Arbeiterzeitung" entgegen. Mit einer Ausdauer, mit einer Zähigkeit schwindeln die Sässelanwärter, die angehenden Abgeordneten in den öffentlichen Versammlungen das Blaue vom Himmel, nur um die müden Wahlschafe alle zur Urne zu bekommen. Alle parlamentarischen Parteien lassen durch ihre Zeitungen und Größen eine besondere Begründung los, warum jeder, aber auch **j e d e r** wählen muß. Die Zeitung der Stinneserben, die „DAZ." mit ihrem erkrankten Chefredakteur dem ehemaligen Sozialdemokraten Paul Lensch läßt erklären:

„So wie die Dinge in diesem entscheidungsschweren Kampf liegen, ist Wahlmüdigkeit und Passivität der bürgerlichen Wähler eine Versündigung am Vaterland. Jede nicht abgegebene bürgerliche Stimme wirkt als Unterstützung der Sozialdemokratie."

Die Sozialdemokratie wiederum schreit mit dem Pfaffengeschmeiß im Zentrum und den Demokraten durch das gemeinsame Banner Pappheim, daß jede nicht abgegebene Stimme der Reaktion der kommunistisch-völkischen Einheitsfront diene.

Während die Parlaments-Kommunisten die antiparlamentarische Strömung und Stimmung sehr gut sehen und erkennen und dieselbe Glauben dadurch meistern zu können, indem sie wie die Verzweifelten schreien: Wer nicht wählt am Schicksalstag des deutschen Volkes, ist gegen die Amnestie, ist für Verlängerung der Leiden der Abertausende von politischen Gefangenen.

So haben alle Parteien ihre besondere Begründung für die „Wahlpflicht" und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, stürzen sich die gläubigen Moslims, die Anbeter ihrer Parteikanonen — der gerade herrschenden oder noch in Opposition stehenden — auf die Wahlarbeit.

Doch aller Aufwand und alle Kraftanstrengung aller Parteien haben bis jetzt nicht die Erfolge zeitigen können, die bei früheren Wahlen zu verzeichnen waren. Während bei sonstigen Wahlen, so noch zu den Maiwahlen, fast alle Proleten in den Wahlrausch versetzt worden waren und sie zuletzt in einem fieberhaften Zustand versetzt wurden, lassen die jetzigen Ergebnisse nicht allzuviel davon merken. Ein großer Teil Arbeiter sieht dem Wahlrummel teilnahmlos zu, wie er überhaupt dem Justizterror der Bourgeoisie, der Unternehmeroffensive in den Betrieben, sowie allen Gemeinheiten seiner einstmals vergötterten „Führer", sowie der gesamten moralischen Verlumpung der Polizei, der Korruption allüberall ziemlich apathisch gegenüber steht. Ob es bis zum 7. Dezember noch möglich sein wird, mit Hilfe von Millionen Flugblättern, die Wahlmüdigkeit zu beheben, ist fraglich. Es wäre müßig, darüber Prophezeiungen anstellen zu wollen.

P r o l e t a r i e r ! K l a s s e n g e n o s s e n !

Ihr habt schon so und soviele solcher angeblichen Schicksalstage erlebt. Ihr habt schon so oft gewählt und glaubtet dadurch in das Rad der Geschichte eingegriffen zu haben und habt stets erkennen müssen, daß in Wirklichkeit ganz andere Kräfte maßgebend waren, die über das sogenannte Wohl des Volkes entscheiden, d. h. über den Profit und seine Realisierung. Während euch alle sogenannten Arbeiter- und linksgerichteten, demokratischen Parteien versuchen klar zu machen, daß die Entscheidung am 7. Dezember über die Verteilung der Lasten des Dawesgutachtens fällt und ihr es leider auch noch glaubt, könnt ihr schon heute klar erkennen, daß die Durchführung der Parole des ADGB.: „Mehr arbeiten — weniger essen!" schon begonnen hat. Diese Parole, die im Interesse der Erhaltung dieses Profitsystems mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden muß, ist die einigende Parole aller parlamentarischen Nutznießer. Die starke Befehdung der einzelnen Parteien ist nur auf äußere Gegensätze zurückzuführen. Im Grunde genommen sind sie sich alle darüber einig und klar, daß das Vaterland (der Profit) gerettet werden muß und dies nur durch die Erfüllungspolitik möglich ist. Diese Erfüllungspolitik bedingt eben den Kurs, den wir schon ein Weilchen steuern, nämlich seit der Liquidierung des Ruhrkrieges und der lautet: Zwölf- und Vierzehnstundentag für einen Teil des Proletariats, für den Teil, den man noch braucht und für den anderen Teil Abau, Ausstoßung aus dem gesellschaftlichen Leben, Hungertod, verrecken in Mist und Dreck oder falls er sich nochmal aufbäumt, langsam aber sicher in den Löchern der Zuchthäuser und Gefängnisse dieser „freiesten" Republik zugrunde gerichtet zu werden.

Proletarier! Klassengenossen!

Was geht euch der Wahlrummel an? Was habt ihr mit den parlamentarischen Schauspielern zu tun? Der Wahlrummel geht euch einen Dreck an. Nichts habt ihr mit all diesen parlamentarischen Schwätzern zu tun. Eure Klasseninteressen können unmöglich von klassenfremden Elementen gewahrt werden, wie sie die Führerbourgeoisie darstellen. Eure Klasseninteressen können auch nicht im Parlament gewahrt und vertreten werden, weil dieselben ja nicht in dieser Gesellschaftsordnung befriedigt werden können. Ihr, die proletarische Klasse, seid durch eure ungeheure Zahl, die in diesem Profitsystem, in dieser bürgerlichen Ordnung nicht mehr ernährt werden kann, eine Gefahr für die Bourgeoisie und ihrer Lakaien.

Ihr als Klasse euch eurer ungeheuren Kraft bewußt werdend und für euer Klassenziel, dem Kommunismus, der Bedarfswirtschaft kämpfend und siegend, würdet dadurch den gesamten parlamentarischen Nutznießern dieser fluchwürdigen Gesellschaftsordnung die Grundlage entziehen und ihren Tod herbeiführen. Darum, um euch von eurem ureignenstem Ziel, eurem Klassenziel und der Klassenerkenntnis abhaltend, sollt ihr wählen, sollt ihr **a l l e** wählen. Ihr sollt nochmal nachträglich eure Zustimmung geben zu eurer längst in Kraft getretenen und sich von Tag zu Tag steigernden Unterdrückung und Auspowerung.

Dieser ganze Wahlrummel ist wie immer ein geschicktes Ablenkungsmanöver der Bourgeoisie und ihrer ausgehaltenen Schwätzer. Wie immer, so auch diesmal gelingt es zum größten Teil, die Massen durch den Papierfetzenkampf von den wahren Begebenheiten abzulenken. Die Parole lautet schon seit Wochen allgemein Preisabbau. Dabei steigen täglich die Lebenshaltungskosten des Proletariats und bedingen einen fortlaufenden Lohnabbau. Während früher, in der wilhelminischen Zeit, die sozialdemokratische Presse und auch die anderen Zeitungen, überhaupt alle Welt von der ungeheuren, dauernden, steigenden Teuerung geschrieben hätte, ist dies heut so etwas Nebensächliches, das man es gar nicht mehr erwähnt. Es ist für die Bourgeoisie und das durch die Arbeiteraristokratie mitverkörperte Kleinbürgertum nicht erwähnenswert, wie ihr, das Proletariat, mit eurem Nachwuchs verkommt, verdreckt und verelendet. Man braucht nur eure Stimmen, eure Zustimmung, damit dieser Kurs fortgesetzt werden kann bis zur Bewußtlosigkeit, bis zur endlichen Freiheit des Vaterlandes, die nach Jahrzehnten der fleißigsten Arbeit und der größten Entbehrungen kommen soll.

P r o l e t a r i e r ! K l a s s e n g e n o s s e n !

Die Kommunistische Partei und Allgemeine Arbeiter-Union rufen euch zu: Ihr steht nicht am 7. Dezember vor einer besonderen Entscheidung, sondern täglich fordert von euch die Geschichte die Entscheidung und zwar nicht mit einem Fetzen Papier in der Hand, sondern durch die Tat jedes Einzelnen, durch die Tat der Klasse, für das Ziel der Klasse, das Ziel der Menschheit, den Kommunismus. Täglich beweist euch die kapitalistische Wirtschaftsweise, daß sie euch nicht mehr ernähren kann, daß sie von einer Krise in die andere taumelt, daß sie aus der Krise nicht mehr herauskommt. Wie oft habt ihr es erlebt, daß immer dann, wenn sich euer Klassenfeind, euer Todfeind nicht mehr zu helfen wußte und er euren steigenden Kampfwillen sah, er sich der Hilfe eurer erwählten „Führer" bediente und bedienen konnte. Im Oktober 1923 ließ er sogar eine „Arbeiterregierung" von 14 Tage in Sachsen und Thüringen als Schranke gegen den proletarischen Massen- und Klassenaufstand in Funktion treten. Als diese radikalsten Parlamentsschwätzer erklärten, sie werden den Bürgerkrieg mit allen Mitteln verhindern, waren sie ihrer geschichtlichen Aufgabe für die Bourgeoisie, für den Klassenfeind gerecht geworden und wurden dann zum Teufel gejagt.

Proletarier! Klassengenossen! Erkennt endlich, daß Wahlkampf das Gegenteil von Klassenkampf ist. Erkennt endlich, daß alle Unkosten nur auf euerem Buckel beglichen werden. Erkennt, daß der Wahlrummel euch den Dreck angeht. Erkennt, daß ihr als Klasse in dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch vielfache Art und Weise gespalten werden müßt, damit man euch getrennt niederschlagen kann. Alle Kämpfe seit 1918 beweisen dies ununterbrochen. Zieht endlich die Schlußfolgerungen aus eurem Leid, euren Niederlagen. Laßt die Wahleseltreiber aller Schattierungen, von den Völkischen bis zu den „Kommunisten", unter sich. Ueberwindet die Negation, die in der Wahlenthaltung an sich liegt und stärkt durch Zusammenschluß in den Betrieben zu revolutionären Betriebsorganisationen die revolutionäre Klassenfront und gebt dieser durch Beitritt zur antiparlamentarischen Kommunistischen Arbeiter-Partei die vorwärtstreibende, motorische Kraft. Nicht am 7. Dezember, sondern täglich fordert von euch, der proletarischen Klasse, die Geschichte die Entscheidung, entweder durch Wahlmannöver im Kapitalismus in Elend und Dreck verkommen oder durch revolutionären Aufstand dieser Gesellschaftsordnung den Todesstoß zu versetzen und die Diktatur des Proletariats aufzurichten, deren Träger die revolutionären Räte sind.

Allen Lockungen und Versprechungen der Parlamentsparteien muß der Ruf des klassenbewußten Proletariats entgegengesetzt werden, der Ruf der proletarischen Revolution, der die Bourgeoisie und das gesamte Kleinbürgertum erbleichen läßt und der allein das zum Kampf bereite Proletariat vereinigen wird und der lautet jetzt und immer bis zum endgültigen Sieg der proletarischen Klasse:

„N i e d e r m i t d e m b ü r g e r l i c h e n P a r l a m e n t !"

„A l l e M a c h t d e n R ä t e n !"

Alte Walze — neuster Schlager

Sämtliche Parlamentsbetrüger erzählen dem lauschenden Publikum, daß nur sie „das Volk herrlichen Zeiten entgegenführen." Dieses vom geliebten Wilhelm geprägte Schlagwort ist zum Gemeingut deutschen Geistes geworden. Der Gedanke ist uns erhalten geblieben. Ueber ihn hinaus ist seit den Augusttagen des Jahres 1914 der politische Gedankenkreis der deutschen Bourgeoisie nicht hinausgekommen. Mit Versprechungen aller Art, mit alleingültigen und alleinseligmachenden Rezepten ist das deutsche Volk beglückt worden. Ein Fortschritt ist allerdings zu verzeichnen, i. J. 1914 ist den deutschen Träumern und Denkern die Schlagsahne behördlich genommen worden. Seit einiger Zeit ist dieses notwendige Requisit dem deutschen Magen wieder zugeführt worden. Es hat sich aber der „deutsche Geist" nicht wiedereingestellt. Die Demokratie war dazu unfähig, weil ihr Rezept zu wirtschaftlich war und sie die goldene Zeit nur wenig zurück auf das Jahr 1914 verlegte. Deutscher Geist kann aber nicht aus der schon verdorbenen Blütezeit des deutschen Reiches herausgeholt werden. Weiter zurück im entbehrungsvollen Aufbau preußischer Herrlichkeit liegt die deutsche Kraft verborgen. Schwarzweiß-rot ist Fridericus Rex und schwarz-rot-gold Wilhelm vergoldete Zeit. Wilhelm II. hat seine herrlichen Zeiten zwar nach Holland mitgenommen, aber sein „geistiger" Musterkoffer ist zurückgeblieben. Die deutsche Bourgeoisie trompetet weiter brav auf der Fanfare und die deutschen Spießer marschieren hinter der Musike her.

Herrlichen Zeiten entgegen. Der Segen des Kapitalismus hat ihnen schon geblüht. Sie sind dabei ver-